

Bosnisch, Kroatisch, Serbisch und Montenegrinisch in der Europäischen Union

GABRIELLA SCHUBERT (Jena)

Am 26. März 2007 erschien in der Belgrader Tageszeitung *Politika* ein von der Korrespondentin Svetlana VASOVIĆ-MEKINA verfasster Bericht unter dem Titel „Neue Sprache, westbalkanisch“ [*Novi jezik, zapadnobalkanski*]¹. In dem Bericht wird folgende Begebenheit thematisiert: In einer Sitzung des Europäischen Parlaments am 20. März 2007 fühlten sich einige Parlamentarier provoziert, als der slowenische Abgeordnete Jelko KACIN in der parlamentarischen Öffentlichkeit in Anwesenheit der kroatischen Justizministerin Ana LOVRIN plötzlich kroatisch zu sprechen begann. Hierauf ergriff sein Kollege aus Großbritannien Charles TANNOCK das Wort, um darauf hinzuweisen, dass „die kroatische Sprache nach Aufnahme Kroatiens in die EU nicht als offizielle Sprache der Union anerkannt werden wird“.

Bislang war es in Brüssel die Praxis, dass mit der Aufnahme eines neuen Landes in die Union auch seine Sprache zur offiziellen EU-Sprache erhoben wurde, was für den Übersetzungsdienst der Union, der gegenwärtig die wichtigsten Dokumente in 27 Sprachen der Mitglieder zu übersetzen hat, eine immer größere Belastung darstellt. Einige EU-Parlamentarier halten diese Praxis, d.h. die automatische Sprachenerweiterung bei Neuaufnahme, offenbar nicht für zwingend, insbesondere nicht im Zusammenhang mit der EU-Südost-Erweiterung. Sie lassen spüren, dass im privilegierten Club der Europäer einige gleicher sind als andere. Ihre negative Haltung gegenüber Kroatien gilt in gleicher Weise gegenüber den übrigen Kandidaten des West-Balkans auf der Warteliste für eine EU-Mitgliedschaft. Der britische Abgeordnete Tannock verkündete hierzu: „Die Bewohner des westlichen Balkans müssen sich auf eine Sprache einigen, die sie alle verstehen“ und fügte hinzu: „Sie wollen uns doch wohl nicht mit unnötigen Kosten für Übersetzungen ins Kroatische, Bosnische, Montenegrinische und Serbische belasten?“²

Diese Erklärung von Tannock, die er auf der Sitzung von zwei parlamentarischen Ausschüssen am 20. März 2007 abgegeben hatte, verbreitete sich unter der kroatischen Bevölkerung über alle Medien und rief hier zumeist heftige Reaktionen und Proteste hervor³. Unter anderem meldete sich Anto ĐAPIĆ, der Vorsitzende der Kroatischen Partei des Rechts [*Hrvatska Stranka Prava*]. Er verurteilte die Erklärung von Tannock und nannte sie eine „unverschämte Provokation“. „Dies ist ein typisches Beispiel dafür, wie man Versuchsballons startet, um die Reaktion des Landes zu testen, das Kandidat für die Mitgliedschaft in der EU ist“, schlussfolgerte Đapić angesichts dieses Ereignisses und äußerte die Hoffnung, dass dies nicht die offizielle

¹ *Politika* vom 26. März 2007, Seite 04 „Svet’: Novi jezik, zapadnobalkanski“ von Svetlana VASOVIĆ-MEKINA.

² Vgl. ebd.

³ U.a. in der Zeitung *Vijesti* vom 10.4.2007 von B.S.: „Pošaljite mi dalekoumožitelj, ja sam Hrvat“, <http://www.index.hr/vijesti/clanak.aspx?id=343838>.

Stellungnahme der britischen Regierung darstelle. Zugleich forderte er die kroatische Ministerin Kolinda GRABAR-KITAROVIĆ auf, mit aller Entschiedenheit auf diese Provokation zu reagieren. Sonst, so Đapić, verlieren die Beitrittsverhandlungen ihren Sinn⁴.

Der kroatische Premier SANADER und Ministerin KITAROVIĆ sind ebenso wie auch Tannock Mitglieder der Europäischen Volkspartei, und Zagreb erwartet auch von dieser Seite Hilfe, damit die „kroatische Sprache als autonome und gleichberechtigte Sprache im Rahmen der EU anerkannt werde“⁵. Die „sprachliche Entgleisung“ von Tannock löste in Kroatien Unruhe und Befürchtungen aus, und dies umso mehr, als das Serbokroatische von der historischen Bühne als eine – aus kroatischer Sicht – „künstliche kommunistische Schöpfung der einstigen Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien“ verschwunden ist⁶.

Die Verwirrung im Europäischen Parlament initiierte der Slowene Kacin, der gegenüber der kroatischen Ministerin Lovrin, einem Gast auf der Sitzung der parlamentarischen Ausschüsse der EU, auf welcher über die Fortschritte der Reformen in Kroatien beraten wurde, in kroatischer Sprache antwortete, weil er offenbar der Meinung war, dass dies dazu beitragen könnte, die Nachbarn in ihren Bemühungen auf dem Wege zur EU zu bestärken. Er begann folgendermaßen. „Ich werde jetzt in kroatischer Sprache sprechen, in dem Wunsch, dass diese Sprache so bald wie möglich offizielle Sprache in der EU werde“. Mit dieser Erklärung leitete er seine an die Ministerin gerichtete Frage ein, ob der Erwerb von Immobilien in Kroatien möglich ist oder nicht. Tannock reagierte darauf, indem er den Vorschlag machte, es sollte doch als Kommunikationssprache in der EU ein in ihrer Funktion dem ehemaligen Serbokroatischen entsprechendes Idiom eingeführt werden. Medien, die über das Ereignis im Europäischen Parlament berichteten, verliehen der von Tannock vorgeschlagenen Sprache den Namen „westbalkanisch“ und verwiesen darauf, dass diese neue Sprachschöpfung ihre Existenz der beabsichtigten Einführung des Kroatischen als offizieller EU-Sprache verdanke. Ministerin Lovrin reagierte ihrerseits darauf, indem sie ihre Überzeugung zum Ausdruck brachte, dass Kroatien als gleichberechtigter Partner in der EU „genau so wie alle anderen Mitglieder in der Union das Recht auf eine eigene Sprache haben werde“⁷.

Freilich rief dieser Vorfall auch die Sprachwissenschaftler auf allen Seiten Ex-Jugoslawiens auf den Plan, zur Frage einer gemeinsamen Arbeitssprache innerhalb der Europäischen Union Stellung zu beziehen. Stjepan BABIĆ, ein renommierter kroatischer Sprachwissenschaftler, äußert sich in der kroatischen Wochenzeitung *Fokus* vom 27.4.2007 kritisch über jene „westbalkanischen“ Sprachwissenschaftler, die noch immer der Ansicht seien, dass es sich beim Serbischen, Kroatischen, Bosnischen/Bošnjakischen und Montenegrinischen wissenschaftlich und linguistisch um ein und dieselbe Sprache, politisch jedoch um vier Sprachen handle⁸. Es seien vor allem serbische Kollegen, die dies behaupteten: Branislav OSTOJIĆ, Miloš KOVAČEVIĆ und

⁴ *Večernji list*, 23. ožujka 2007; <http://www.vecernji-list.hr/>.

⁵ *Politika* vom 26. März 2007, 4.

⁶ Ebd.

⁷ Ebd.

⁸ Vertreten in *NIN* Belgrad vom 5.5.2007, 50.

Ivan KLAJN, der bekannteste von ihnen; im westlichen Ausland vertreten dies einige Slawisten, allen voran die in Kroatien angefeindete, weil ihrerseits herausfordernde Kroatin Snježana KORDIĆ⁹. Es sei absurd, dass sich Klajn für eine einheitliche Sprache in der EU einsetze, während er aber gleichzeitig die Bezeichnung „bošnjakisch“ als separate Bezeichnung der Sprache der Bošnjaken fordere, da diese nach seiner Ansicht als Staatssprache in Bosnien auf die dort lebenden Serben und Kroaten nicht anwendbar sei¹⁰.

Erneut befürchtet man in Kroatien, dass eine gemeinsame „Arbeitssprache“ in der EU, einerlei, ob unter dem Namen „westbalkanisch“ oder „B/K/S“ bzw. zugleich „B/C/S“ nichts anderes als Serbisch ergeben würde. „B/K/S“ sei die Sprache, die am Internationalen Straftribunal in Den Haag verwendet werde und die als Muster für die EU gelte; dies aber wäre für die Kroaten, so Stjepan Babić, nichts anderes als ein „EYU“¹¹. Wohl auch deshalb gilt es in Kroatien, alle Anstrengungen zu unternehmen, um der Gefahr einer gemeinsamen „westbalkanischen“ Sprache in der EU entgegenzuwirken. Die serbische Autorin Vesna PERIĆ ZIMONIĆ wirft in ihrem im Zusammenhang mit dem erwähnten Vorfall im Europäischen Parlament verfassten Beitrag unter der Überschrift *Pošaljite mi dalekoumnožitelj, ja sam Hrvat* [Schicken Sie mir einen Fern-Vervielfältiger = Fax, ich bin Kroate] – diesen Titel zitiert *Vjesti* vom 10.4.2007 – den kroatischen Sprachwissenschaftlern vor, sie seien damit beschäftigt, eine eigene Sprache zu erfinden, die sich vom Serbischen zu unterscheiden habe. Neben der neukroatischen Bezeichnung *dalekoumnožitelj* erwähnt sie weitere Beispiele für kroatische Bemühungen, Internationalismen bzw. Anglizismen durch vermeintlich kroatische Bezeichnungen zu ersetzen: so werde neben den bereits seit einiger Zeit bekannten Neologismen wie *zrakomlat* „Helikopter“ und *brzoglas* „Telefon“ sowie *zoroklik* (wörtlich „Ruf im Morgenrot“) für *pijevac* „Hahn“ aus *hard disc* im Kroatischen neuerdings *čvrstnik* (zu *čvrst* „hart“) und aus der „(Computer-)Maus“ *nastolno klizalo* (wörtlich „Tisch-Gleiter“)¹². Einige der in Kroatien vorgeschlagenen neuen Bezeichnungen für militärische Ränge seien zudem geschmacklos, da sie dem faschistischen Ustascha-Regime des Zweiten Weltkriegs entstammen. Ähnliche Versuche, so Perić Zimonić, das Serbische von Turzismen, Kroatismen und

⁹ Snježana KORDIĆ vertritt seit Jahren vehement die Einheit des Kroatischen mit dem Serbischen und hat mit ihren zahlreichen Veröffentlichungen dazu die erbitterte Kritik nahezu aller kroatischer Sprachwissenschaftler hervorgerufen. Vgl. u.a. ihre Beiträge „Pro und kontra: ‚Serbokroatisch‘ heute“. In: M. KRAUSE, C. SAPPOIK (Hg.): *Slavistische Linguistik 2002. Referate des XXVIII. Konstanzer Slavistischen Arbeitstreffens*. München 2004, 97–148; „Autizam hrvatske filologije (odgovor I. Pranjkoviću)“. In: *Književna republika* 2/7–8, 254–280; „Pomračenje uma: Mirko Peti: Oblici nebrojivosti u hrvatskom jeziku“. In: *Književna republika* 3/1–2 (2005), 240–250; „Komentar Izjave HAZU“. In: *Književna republika* 3/3–4 (2005), 225–231; „I dalje jedan jezik“. In: *Sarajevske sveske* 10 (2005), 83–89; „Kroatistika i nacionalizam (odgovor I. Pranjkoviću)“. In: *Književna republika* 3/9–12 (2005), 211–238; „Sprache und Nationalismus in Kroatien“. In: *Studia Philologica Slavica. Festschrift für Gerhard Birkfellner zum 65. Geburtstag*. Teilband 1. Hg. v. Bernhard SYMANZIK. Berlin 2006, 337–348.

¹⁰ *Hrvatski tjednik FOKUS*, 27.4.2007, http://www.fokus-tjednik.hr/vijest_arhiva.asp?vijest=1984&izdanje=88.

¹¹ Ebd.

¹² Vgl. in *Vijesti* vom 10.4.2007; <http://www.index.hr/vijesti/clanak.aspx?id=343838>.

bošnjakischen Bezeichnungen zu reinigen, wurden auch in Serbien unternommen, doch seien sie in vielen Fällen fehlgeschlagen; es sei nicht möglich gewesen, Turzismen wie *čarape* „Strümpfe“, *papuče* „Pantoffel“, *šećer* „Zucker“, *duvan* „Tabak“, *pamuk* „Baumwolle“, *sapun* „Seife“, *bakar* „Kupfer“, *bubrege* „Nieren“, *čekić* „Hammer“, *čizme* „Stiefel“ oder *rakija* „Schnaps“ durch adäquate serbische Bezeichnungen zu ersetzen. Neben der bereits oft geäußerten Auffassung, dass sich 16 Millionen Menschen, Serben, Kroaten, Bošnjaken und Montenegriner, trotz regionaler Varianten in einer Sprache verständigen können, vertrete der Name „westbalkanisch“ nach Ansicht der Autorin einen Teil Europas, dem alle erwähnten Nationen angehören und der aufgrund dieser Tatsache gemeinsam auf die Aufnahme in die EU hoffen dürfe¹³.

In diesem Zusammenhang stellt sich in der Tat die Frage, welche Rolle die neuen südosteuropäischen Staatssprachen, insbesondere die zum Neuštokavischen gehörenden Sprachen Kroatisch, Bosnisch, Serbisch und Montenegrinisch in der Europäischen Union spielen werden, wenn in hoffentlich nicht zu ferner Zukunft neben Kroatien auch Bosnien, Serbien und Montenegro zur EU gehören werden.

Insgesamt werden in Europa rund 200 Sprachen gesprochen. Jede dieser Vertragssprachen genießt Gleichrangigkeit. Das bedeutet, dass jeder Unionsbürger beanspruchen kann, sich in seiner Sprache an die Einrichtungen der Union zu wenden und auf sein Anliegen in einer der Amtssprachen eine Antwort zu erhalten¹⁴. Die Mehrsprachigkeit ist in der Europäischen Union fest verankert. Es sei die Sprachenvielfalt,

„die die Europäische Union zu dem macht, was sie ist: kein ‚Schmelztiegel‘, in dem Unterschiede verschmolzen werden, sondern ein Miteinander vielfältiger Unterschiede. Ein Miteinander, das unsere zahlreichen Muttersprachen als Reichtum begreift und als Weg zu mehr Solidarität und gegenseitigem Verständnis“.¹⁵

Dadurch unterscheidet sich die Europäische Union von anderen internationalen Organisationen wie der UNO, in der 193 Staaten vertreten sind, jedoch nur sechs offizielle Sprachen zugelassen sind, nämlich Arabisch, Chinesisch, Englisch, Französisch, Russisch und Spanisch oder der EFTA, in der nur das Englische gilt.

Für die praktische Arbeit der Union spielen jedoch fast ausschließlich die Arbeitssprachen eine Rolle. Diese dienen den Organen und Beamten innerhalb der Gemeinschaft der Kommunikation. Grundsätzlich sind gemäß VO. Nr. 1 alle EU-Amtssprachen auch Arbeitssprachen. Es zeigt sich aber, dass in der Praxis für die mündliche wie die schriftliche Kommunikation eine sehr begrenzte Anzahl von Sprachen verwendet wird. Diese sind in den Kommissionen vor allem Englisch, Französisch und Deutsch, wobei natürlich das Englische eine überragende Rolle spielt¹⁶.

¹³ Ebd.

¹⁴ Verordnung Nr. 1 Art. 2ff., s. auch Art. 21 iVm Art. 314 des EG-Vertrages. Hierzu u.a. <http://egb.eu/Sprache.html>.

¹⁵ Eine neue Rahmenstrategie für Mehrsprachigkeit. Mitteilung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss in Brüssel am 22.11.2005 – KOM (2005) 596.

¹⁶ Vgl. *Die Sprachenfrage in der EU*. <http://varzil.de/EGB/Sprache.html>.

Im Europäischen Parlament nun werden alle Amtssprachen im Schriftgebrauch wie auch für Übersetzungen verwendet, allerdings ist das Übersetzungsangebot in den Ausschüssen in gleicher Weise begrenzt. Ebenso verhält es sich in den informellen Sitzungen des Europäischen Rates. Hier werden die Übersetzungsleistungen von den Staaten bestimmt, die jeweils den Vorsitz führen. In den vielen Arbeitsgruppen des Rates gelten unterschiedliche Sprachregelungen, oft wird aber nur eine Sprache, zumeist Englisch oder neben Englisch Französisch und Deutsch, verwendet. In der Theorie gilt das Modell der Verwendung aller Amtssprachen, doch werden jedem Mitgliedsstaat die Kosten für Übersetzungen auferlegt. Dass dies vor allem für die kleinen und armen Mitgliedsstaaten eine große finanzielle Belastung bedeutet, liegt auf der Hand.

Anlässlich des Jubiläums der Union wiesen slowenische Medien in Ljubljana darauf hin, dass die slowenische Regierung angesichts der Tausende von Seiten umfassenden Urteile, die das Europäische Gerichtshof für Menschenrechte gegen Slowenien gefällt hat und die es zu übersetzen galt, schwer zu kämpfen habe, da ihr nicht ausreichend Geld für deren Übersetzung zur Verfügung stehe, ihr es aber auch an Fachkräften dafür fehle¹⁷. Davon unabhängig verwendet die EU einen sehr hohen Anteil seines Gesamtbudgets in Höhe von 100 Milliarden Euro für Übersetzungen. Dies hängt mit der immer größer werdenden Bürokratisierung der EU, insbesondere auch durch die Aufnahme neuer Mitglieder, zusammen. 2007 betrug der Aufwand von Brüssel für Übersetzungen 800 Millionen Euro und für Dolmetscherdienste in den Institutionen der EU 190 Millionen, mithin ein Prozent des Gesamtbudgets¹⁸.

Dies ist aus Brüsseler Sicht entschieden zu viel, und daher wird verzweifelt zu sparen versucht. Doch dies wurde durch die Aufnahme von Bulgarien und Rumänien unmöglich gemacht. Das Generaldirektorat der Europäischen Kommission war gezwungen, für die Anfertigung schriftlicher Übersetzungen ins Bulgarische und Rumänische noch rund 40 bulgarische und rumänische Übersetzer mit Sitz in Brüssel und Luxemburg sowie in den Regionalbüros in Sofia und Bukarest einzustellen, wo sie von ca. 50 inländischen Agenturen ergänzt werden. Auch im Generaldirektorat der EU wurden jeweils 3 Dolmetscher für Bulgarisch und Rumänisch und im Europäischen Parlament jeweils 6 Dolmetscher eingestellt. Die Gesamtzahl der Dolmetscher beträgt hier ca. 40, und unter den EU-Mitgliedsländern wird eifersüchtig darüber gewacht, dass keine der hier vertretenen Sprachen gegenüber den anderen dadurch bevorzugt wird, dass sie durch eine höhere Zahl von Dolmetschern vertreten wird. So kämpfte beispielsweise Irland darum, 5 Dolmetscher genehmigt zu bekommen, die aber aus der Flut der EU-Materialien auch nur jene Texte übersetzen können, die sich auf die gemeinsamen Beschlüsse des Europäischen Parlaments und des Europarates beziehen oder öffentliche Erklärungen enthalten.

Die Sprachenfrage ist für die Europäische Union von grundsätzlicher Bedeutung – aus der Perspektive der Mitgliedsstaaten, für die die Verwendung ihrer Sprache in der Union eine Prestigefrage darstellt, wie für die Unionsbürger, für die die Verwen-

¹⁷ *Politika* vom 26.3.2007, 04.

¹⁸ Ebd.

dung ihrer Sprache eine bürgernahe Verwaltung sichert und auch für die Institutionen in Brüssel, für die dies eine finanzielle Frage darstellt.

Die Zahl der Dolmetscher in der Europäischen Union beträgt mittlerweile einige Tausend, und die Anzahl von Sprachkombinationen, die zu berücksichtigen sind, geht in die Hunderte. Hinzu kommen praktische Probleme wie z.B. die Schwierigkeit, qualifiziertes Personal für bestimmte Sprachkombinationen wie z.B. Finnisch-Maltesisch, zu gewinnen oder die Tatsache, dass es aufgrund der Verwendung von Relaisprachen, z.B. des Englischen bei einer Übersetzung aus dem Finnischen ins Maltesische, zu Fehlern oder einem Bedeutungsverlust kommen kann. Zusätzliche Schwierigkeit stellt die Tatsache dar, dass viele Begriffe, insbesondere solche des Rechts und der Verwaltung, aufgrund unterschiedlicher Rechtssysteme und Rechtskulturen sowie deren historischer Entwicklung, voneinander abweichen und daher nicht eins zu eins übersetzbar sind¹⁹. Dies kann zur Unschärfe in der Rechtsanwendung führen und in Einzelfällen Unionsbürger benachteiligen.

Welche praktischen Auswirkungen wird es haben, wenn Kroatien, Serbien, Bosnien und Montenegro Mitglieder der Europäischen Union sind und wenn sie – wie es angesichts der Bedeutung der neuen Staatssprachen für die nationale Identitäten logisch erscheint – auf der Verwendung ihrer Amtssprache bestehen? Werden sie sich, wenn sie in den Kommissionen und Ausschüssen miteinander kommunizieren, der Relaisprache Englisch bedienen und werden ihre Beiträge aus dem Englischen jeweils ins Bosnische, Kroatische, Montenegrinische und Serbische übersetzt? Bislang werden Anklageschriften des Haager Kriegsverbrechertribunals in eine Sprache übersetzt, die mit „B/C/S“ (also Bosnisch, Kroatisch, Serbisch) bezeichnet werden könnte, und sie werden von den Angeklagten aller drei Ethnien problemlos verstanden.

Wenn man die Tatsache bedenkt, dass die Schnittmenge zwischen Kroatisch, Bosnisch, Serbisch und Montenegrinisch auch heute noch überaus groß ist und dies wie im Falle des Montenegrinischen auch offiziell nicht geleugnet wird, erscheint die Forderung des britischen Abgeordneten Tannock nach einer gemeinsamen Arbeitssprache der jugoslawischen Nachfolgestaaten in der EU nachvollziehbar. Dies bedeutete natürlich ein Diasystem von der Art wie sie das Serbokroatische bzw. Kroatoserbische bis zur Auflösung Jugoslawiens darstellte. Eine namentlich nicht gekennzeichnete Stellungnahme einer Privatperson zu dieser Frage im „B92-Forum“ vom 15.4.2007 lautet:

„Das Problem dabei ist wirklich materieller Natur (enorme Ausgaben), aber manchmal sind Übersetzer für einige ‚exotischere‘ Kombinationen in der EU nur sehr schwer zu finden. (...) Wir verstehen uns untereinander besser als die Sprecher von deutschen Dialekten! Das Grundproblem liegt darin, dass es für diese Sprache keine neutrale Bezeichnung gab. (...) Jetzt werden wir sie vielleicht doch bekommen ...“²⁰

¹⁹ Vgl. *Die Sprachenfrage in der EU*, a.a.O.

²⁰ Forum B92, Arhiva Lingvistika (Übersetzung: G.S.).

Ein solches gemeinsames Diasystem in der EU wird gegenwärtig auch von einigen Sprachwissenschaftlern, wie bereits weiter oben ausgeführt, befürwortet²¹, jedoch mehrheitlich von allen Seiten abgelehnt.

Die Sprachenfrage in der Europäischen Union bedarf freilich genereller weitergehender Überlegungen. Erst vor kurzem, während des Internationalen Tages der Frankophonie am 20. März 2008, betonte der französische Präsident SARKOZY, dass die französische Sprache in internationalen Institutionen – die EU eingeschlossen – verstärkt genutzt werden müsste. Es erscheine ihm merkwürdig, dass der Chef eines Landes, in dem Französisch die offizielle Sprache sei, sich dafür entscheiden solle, von der Rednerbühne der Vereinten Nationen die gesamte internationale Gemeinschaft in Englisch anzusprechen, wenn er anschließend von der Bühne gehe, und sich beschwere, dass die französische Sprache nicht verteidigt würde²².

Englisch sprechen ca. 50% aller Unionsbürger bzw. ca. 250 Millionen Menschen mehr oder weniger²³. Einigt sich die Europäische Union auf das Englische als die alleinige Arbeitssprache, so missachtet sie den Anspruch der Mitglieder darauf, der Bedeutung ihrer Staatssprache Geltung zu verleihen. Sie missachtet auch das besondere Kennzeichen Europas, die Vielsprachigkeit, und leistet der Verbreitung der englischsprachigen Monolingualität auf der Welt Vorschub. Eine Möglichkeit für die slawischsprachigen Mitglieder in der Europäischen Union wäre es, eine der Rolle des Englischen vergleichbare slawische Sprache zur gemeinsamen Arbeitssprache zu wählen; in diesem Zusammenhang käme wohl nur das Russische in Frage. Dies ist aber nicht nur aus der Perspektive vieler wiederum inakzeptabel; Russland ist kein Mitglied der Europäischen Union und wird es auch niemals werden. Was bleibt also übrig?

Linguistische Argumente greifen hier nicht. Vom Standpunkt des Sprachwissenschaftlers ist Verständlichkeit unter Sprechern das Kriterium dafür, eine Sprache als gemeinsam anzusehen. Dieses Kriterium ist unter den Sprechern des ehemaligen Jugoslawien heute noch gegeben. Hier besteht jedoch zwischen der Sprache im linguistischen Sinne (*language in the linguistic sense*) und der Sprache im politischen Sinne (*language in the political sense*) ein – jedenfalls zurzeit – nicht zu überbrückender Graben. Es wird aber auch deutlich, dass man in Westeuropa für die Rolle der Sprache im Identifikationsprozess der neuen Staaten wenig Verständnis aufbringt. Andererseits ist zu berücksichtigen, dass die Zahl der Sprecher maßgeblich für das Prestige und den Stand einer Sprache ist. Die relativ große Bedeutung, die das Deutsche in der Europäischen Union besitzt, hängt damit zusammen, dass es eine Amtssprache und ein Kommunikationsmedium unter verschiedenen europäischen Staaten darstellt. Serbokroatisch stand in jugoslawischer Zeit in Europa an 11. Stelle, zwischen dem Rumänischen und dem Ungarischen; von den slawischen Sprachen befanden sich nur das Russische, Ukrainische und Polnische vor ihm. Die Nachfolgesprache

²¹ Vgl. *Hrvatski tjednik FOKUS*, 27.4.2007, a.a.O.

²² *EurActiv.com EU News, Policy Positions & EU Actors online* vom 21. März 2007, <http://www.euractiv.com/de/kultur>.

²³ Vgl. *Die Sprachenfrage in der EU*, a.a.O.

chen des Serbokroatischen sind in der Rangfolge weit nach hinten gerückt²⁴; dies dürfte zweifellos zur Folge haben, dass ihnen als Amts- und Kommunikationssprachen in der Europäischen Union auch nur wenig Bedeutung beigemessen würde. Über all diese Implikationen wird noch nachzudenken sein, vor allem aber wird nüchterne Einsicht der Betroffenen erforderlich sein. Auf längere Sicht wird eine mögliche Annäherung oder umgekehrt eine weitere gegenseitige Abschottung der jugoslawischen Nachfolgestaaten diese Frage beantworten.

²⁴ Vgl. hierzu Snježana KORDIĆ: „Naziv jezika iz znanosti gledan“. In: *Republika*, god. XVII, 1–2 (2001), 240f.